A28NEU3 Grüne Tierpolitik im Land Bremen und darüber hinaus

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Es ist an der Zeit, das Mensch-Tier-Verhältnis neu zu überdenken und zu definieren. Als einzige politische Kraft erkennen wir Grünen bereits in unserem Grundsatzprogramm an, dass Tiere Rechte haben. Es ist daher an uns, dafür zu sorgen, dass sie an diesen Rechten tatsächlich teilhaben können. Ein erster Schritt dazu ist, sie nicht länger einzig unter dem Gesichtspunkt der Verwertung und des Nutzens für den Menschen zu betrachten: Wir müssen Schritte hin zu einer friedlichen Koexistenz von Menschen und anderen Tieren unternehmen.

Tiere institutionell stärken

Um die Position der Tiere in Politik und Gesellschaft zu stärken, wollen wir das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen in Bremen verschärfen. Neben der Feststellungsklage sollen in Zukunft auch Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen möglich sein, damit Tierschutzvergehen nicht mehr nur im Nachhinein festgestellt, sondern bereits vorbeugend verhindert werden können. Während Bremen einmal Vorreiter bei der Einführung des Verbandsklagerechts war, wurden wir inzwischen von anderen Bundesländern überholt: In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und im Saarland werden bereits alle drei Klagearten anerkannt.

Wir wollen nach dem Vorbild vieler anderer Länder und inzwischen auch Kommunen eine bezahlte Stelle einer Landestierschutzbeauftragte*n als zentrale Anlaufstelle für Bürger*innen zum Thema Tierschutz schaffen. Außerdem soll das Landesveterinäramt (LMTVet) personell, materiell sowie mit Befugnissen angemessen ausgestattet werden, um regelmäßige, unangekündigte Kontrollen von Tierhaltungen zu ermöglichen. Um ein Bewusstsein für den Umgang mit Tieren zu schaffen, sollen Tierschutz und Tierrechte Teil der Lehrpläne in Bremen werden und Kooperationen mit Tierschutz-/Tierrechtsinitiativen gefördert werden.

Tiere in der Land- und Forstwirtschaft

Die aktuelle Praxis in der Landwirtschaft ist meilenweit entfernt von einem gesellschaftlich akzeptierten Umgang mit Tieren. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine radikale Wende in der Landwirtschaftspolitik ein. Die schlimmsten Auswüchse der industriellen Tierhaltung bekämpfen wir mit ordnungsrechtlichen Vorgaben in einem neuen Tierschutzgesetz und dazugehörigen Haltungsverordnungen, etwa Kastenstand, Amputationen, Verbot von Akkordschlachtung usw. Bei der Förderung von Tierschutzmaßnahmen durch staatliche Gelder sollen dagegen nur substanzielle Schritte gefördert werden, etwa der vollständige Verzicht auf Tiertransporte oder ganzjährige Haltung auf der Weide oder im Offenstall.

Es gibt in Deutschland viel zu viel Tierhaltung zur Lebensmittelproduktion. Das ist nicht nur schlecht für die Umwelt, für unsere Gesundheit, für das Klima und unzählige Menschen in anderen Teilen der Welt, sondern insbesondere auch für die Tiere selbst. Deshalb wollen wir uns in Bremen und auf Bundesebene für Programme einsetzen, die Tierhalter*innen unterstützen, in andere Arten der Landnutzung zu wechseln, wie beispielsweise Energiewirtschaft (sofern ohne ökologische Folgeschäden wie beim Maisanbau möglich) oder Tourismus.

Wir wollen das Jagdrecht in Bremen nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens reformieren und dabei Treibjagd, Drückjagd und Fallenjagd verbieten. Die Bejagung von Tieren sollte außerdem durch die dafür vorgesehenen offiziellen Stellen erfolgen, eine private Hobbyjagd lehnen wir ab. Wir wollen Grundstückseigentümer*innen ermöglichen, die Jagd auf ihren eigenen Grundstücken zu unterbinden.

Ernährung und Bekleidung

Bremen ist als Stadtstaat kein Schwerpunkt der Tierhaltungsindustrie – aber durch den Konsum tierischer Produkte, von Lebensmitteln bis zur Bekleidung, hat das Land großen Einfluss. Diesen wollen wir noch stärker nutzen. In der öffentlichen Beschaffung soll das Land Bremen wo immer möglich auf Tierprodukte wie Leder verzichten, etwa bei der Beschaffung von Möbeln oder Autositzen.

Wir wollen, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich ganz dagegen zu entscheiden, dass Tiere für die Nahrungsmittelproduktion eingesperrt und getötet werden. Damit helfen sie nicht nur den Tieren selbst, sondern auch Umwelt und Klima. Doch vielfach fehlt dafür noch ein entsprechendes veganes Angebot. Wir werden in allen öffentlichen Einrichtungen, von Krankenhäusern und Gefängnissen über Schulen und Unimensen bis zu Behörden-Kantinen, preisgünstige und vollwertige vegane Alternativen etablieren, damit Konsument*innen die Freiheit haben, sich vegan zu ernähren. Zugleich sollen deutlich weniger fleischhaltige Speisen angeboten werden. Beim Studentenwerk sollen fleisch- oder fischhaltige Speisen außerdem nicht mehr zusätzlich subventioniert werden, die subventionierten Essen 1 und 2 also immer vegetarisch oder vegan sein.

Wir wollen dafür werben, dass die Mittel des EU-Schulprogramms von Bremischen Schulen für Obst und Gemüse und nicht für Milch abgerufen werden. Denn Milch als täglicher Pausensnack ist für Kinder nicht nur gesundheitlich ungeeignet, das EU-Programm differenziert auch nicht zwischen Haltungsformen und erlaubt damit auch nicht-ökologisch wirtschaftenden Unternehmen der Milchindustrie, ihre mit Werbung bedruckten Produkte in die Schulen zu bringen. Diese zusätzliche Subventionierung der Milchindustrie lehnen wir deshalb ab.

Viele Konsument*innen von Tierprodukten sind mit den Haltungsbedingungen der Tiere nicht einverstanden, doch auf den Produkten selbst fehlen die nötigen Informationen über die Herkunft. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine eindeutige textliche Beschreibung der Haltungsbedingungen auf allen, auch verarbeiteten Tierprodukten ein. Außerdem wollen wir ein Verbot schönfärberischer Bilder und Beschreibungen auf Verpackungen und in der Werbung für Tierprodukte erreichen.

Tierversuche in Forschung und Lehre beenden

Wir wollen Tierversuche in der Forschung schnellstmöglich abschaffen. Neben zusätzlichen Forschungsgeldern für Alternativmethoden auf Bundesebene gehört dazu in Bremen insbesondere, keine Landesmittel für Projekte mit Tierversuchen auszugeben. Außerdem soll in Zukunft grundsätzlich die Zustimmung der Ethikkommission notwendig sein, um Tierversuche in Bremen zu genehmigen. Wir fordern eine paritätische Besetzung der Kommission, in der demnach die Hälfte der Mitglieder auf Vorschlag von Tierschutzverbänden berufen werden soll, und eine Vergütung der Mitglieder mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung.

Tierverbrauch in der Lehre lehnen wir ab. Während angehende Humanmediziner*innen beispielsweise an Leichenteilen forschen, machen Biologiestudent*innen und andere immer noch Versuche mit lebenden Tieren. Dabei stehen viele, meist auch mit Blick auf den Lernerfolg viel bessere Alternativmethoden zur Verfügung, etwa hochauflösende Videos oder Virtual-Reality-Anwendungen. Wir wollen Ausbildung und Studium in Bremen tierverbrauchsfrei machen und dafür das Hochschulgesetz entsprechend korrigieren.

Verantwortungsvoller Umgang mit Heimtieren Damit Hunde auch in der Stadt genügend Platz bekommen, wollen wir die längst beschlossenen Freilaufflächen endlich realisieren. Wir wollen aber ebenso eine Pflicht zum Chippen und Registrieren der Hunde sowie zum Abschließen einer Haftpflichtversicherung einführen. Da die meisten schweren Bissverletzungen von Rassen wie Schäferhund oder Rottweiler verursacht werden, wollen wir nach dem Vorbild von Niedersachsen das schwache Instrument der Rasselisten durch Sachkundenachweise und Wesenstest für alle Hunde ersetzen. Die praktische Prüfung der Sachkunde soll dabei für jeden Hund neu abgelegt werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Heimtierschutzverordnung ein, welche auch eine Positivliste der Tierarten enthält, welche in Privathand gehalten werden dürfen. Außerdem wollen wir uns für ein Verbot der Boxenhaltung von Pferden, von sogenannten Exotenbörsen und von Internethandel von Tieren einsetzen. Bei Fällen von Animal Hoarding, der massenhaften Haltung von Heimtieren in Privatwohnungen, ist dafür zu sorgen, dass das Tierheim ausreichend finanziell ausgestattet wird, um die Versorgung der Tiere zu übernehmen.

Tiere sind keine Unterhaltungsgegenstände!

Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundesebene endlich ein generelles Verbot für die Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Shows beschlossen wird. In Bremen wollen wir Ponykarussells verbieten.

Tiere in der Stadt

Wir fordern die Einrichtung von Taubenschlägen nach dem „Augsburger Modell“. In diesen bekommen die Tauben eine Unterkunft, medizinische Betreuung und insbesondere artgerechtes Futter, weshalb sie sich in der Folge die meiste Zeit im Taubenschlag statt auf Futtersuche befinden. Durch den Einsatz von Gipseiern wird die Population kontrolliert. Dieses Modell hilft nicht nur den Tauben, sondern ist letztlich auch günstiger als die derzeit für Taubenabwehr und Reinigung eingesetzten Mittel. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass Abgaben auf die Taubenzucht erhoben werden, aus denen solche Taubenschläge in Zukunft finanziert werden.

Auch für andere in der Stadt lebende Tiere, insbesondere Insekten und Vögel, wollen wir mehr Tierschutz erreichen. Dazu wollen wir z. B. verstärkt Vogelschutzmarkierungen an Häusern, „Insektenhotels“ und mehr Stadtbegrünung mit Wildblumen.

Meeresschutz

Unsere Gesellschaft steuert im Moment auf eine ökologische Katastrophe zu: Wir sind auf dem besten Weg, die Meere der Welt leer zu fischen. Dem müssen wir dringend Einhalt gebieten. Auf Bundesebene, in der EU und auf internationaler

Ebene setzen wir uns für ein Verbot von Grundschleppnetz-, Stellnetz-, Treibnetz-, Langleinen- und Tiefseefischerei ein. Subventionen für Fischerei wollen wir streichen. Dabei wollen wir prüfen, ob wir vorhandene Subventionen für die Garnelen-Fischerei in Bremerhaven, welche grundsätzlich mit ökologisch katastrophalen Grundschleppnetzen erfolgt, kurzfristig beenden können. Außerdem wollen wir mehr und bessere Kontrollen des Beifangs der Fischereiflotten aus Bremischen Häfen.

Aber nicht nur Fischerei gefährdet unsere Meere, auch die zunehmende Vermüllung. Wir wollen die Einführung von Mehrwegsystemen für Kaffeebecher, Teller und Besteck zunächst in Bremen, aber nach Möglichkeit auch bundesweit forcieren. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika ein.

In Bremen sollen mehr bzw. überhaupt Kontrollen der Angelberechtigung stattfinden. Das "Stockangelrecht bremischer Bürger" soll nicht mehr ohne Fischereiprüfung möglich sein. Außerdem fordern wir Hinweisschilder an häufig genutzten, aber illegalen Angelstellen, welche auf das Angelverbot hinweisen.

Ein gerechter Umgang mit Tieren ist gut für alle. Unser derzeitiger Umgang mit der Tierwelt hat katastrophale Folgen für Ökosysteme, das globale Klima und unsere Gesundheit. Es ist im Interesse aller Menschen, Tieren die Rechte zu gewähren, die ihnen zustehen und den Zyklus der Unterdrückung und Ausbeutung von leidensfähigen Lebewesen zu beenden. Nur eine Gesellschaft, in der auch die Rechte der Schwächsten gewahrt werden, ist wirklich nachhaltig, friedlich und gerecht.

Begründung

Dieser Antrag ist das Ergebnis eines zweijährigen Programmprozesses innerhalb der LAG Tierpolitik seit ihrer Gründung Anfang 2016. Wir haben uns bei unseren monatlichen Treffen nacheinander mit den vielfältigen tierpolitischen Themen im Land Bremen beschäftigt, dazu Expert*innen und Initiativen aus Bremen eingeladen und mit ihnen diskutiert und schließlich unsere Positionen bestimmt. Direkt oder indirekt haben an diesem Antrag 30 Menschen mitgewirkt, teilweise Mitglieder der Grünen und teilweise Menschen aus der Stadtgesellschaft und insbesondere von tierpolitischen Initiativen, die Gast unserer LAG waren und mitunter zu regelmäßigen Mitgliedern der LAG oder sogar der Partei geworden sind.

Die intensive Beteiligung von tierpolitischen Initiativen an unserer inhaltlichen Arbeit – vom Stadttaubenprojekt über die Ärzte gegen Tierversuche bis zu Vertreter*innen des Bremer Tierheims – gewährleistet, dass dieser Antrag die Themen so vertritt, wie sie von Tierschützer*innen und Tierrechtler*innen in Bremen und Bremerhaven diskutiert und engagiert vertreten werden. Weite Teile des Antrags decken sich dabei mit urgrünen Positionen aus anderen Ländern oder dem Bundesverband, sei es die Abschaffung der Rasselisten bei Hunden oder das Ende von Tierversuchen. Dieses Grundsatzpapier bietet damit eine Grundlage für die zukünftige Grüne Tierpolitik im Land Bremen und den Programmprozess zur Bürgerschaftswahl 2019.